Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 285. **Mittwoch** den 6. Juni 1894. 88. Jahrgang.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 6. Juni.

Auf dem gestern in Dresden abgehaltenen 8. ordentlichen Genossenschaftstage des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften bildete einen wichtigen Gegenstand der Tagesordnung der Bericht über die Ausarbeitung von **Normal-Unfallverhütungs-Vorschriften**. Es konnte mitgetheilt werden, daß es infolge der Hingebung aller Betheiligten, auch der nicht zum Verbande gehörigen Berufsgenossenschaften, möglich gewesen ist, einen Vorschriften-Entwurf auszuarbeiten, der allerdings noch weiterer Durchbildung bedarf, aber jedenfalls bald zu Ende geführt werden wird. Solche Normal-Unfallverhütungsvorschriften werden ihr Gutes haben. Die Bestrebungen, welche Anfangs der achtziger Jahre mit den Berathungen der für die gesammte Industrie giltigen Unfallverhütungsvorschriften gemacht wurden, sind zwar gescheitert. Damals aber glaubte man noch, die gesammte Unfallverhütung einheitlich regeln zu können. Dieser Weg ist inzwischen durch das Unfallversicherungsgesetz, welches den einzelnen Berufszweigen die Regelung der Unfallverhütung in ihren Grenzen überließ, verlassen worden. Wenn man jetzt Normal-Unfallverhütungsvorschriften zu geben gedenkt, so will man nur einige wenige Gebiete herausreißen, auf denen die Verhältnisse für die einzelnen Berufszweige ziemlich gleich liegen. Es ist keine Frage, daß, wenn bei dieser Auswahl Maß gehalten wird und wenn die Normal-Vorschriften sich den bisher erlassenen Special-Vorschriften im Allgemeinen anpassen, das Vorgehen des Berufsgenossenschaftstages von Nutzen sein wird. Die Controle über die Ausführung der betreffenden Vorschriften würde jedenfalls dadurch erleichtert werden.

Der **Bundesrath** scheint keine Neigung zu haben, vor seiner nahe bevorstehenden Vertagung sich über den Reichstagsbeschluß hinsichtlich der Aufhebung des Jesuitengesetzes zu entscheiden. Eine Verpflichtung hat der Bundesrath allerdings nicht, die Beschlußfassung über diesen Gegenstand zu beschleunigen; nach den bekannten Aeußerungen des Königs von Württemberg über die Jesuitenfrage kann es auch kaum fraglich sein, wie der Beschluß des Bundesrathes schließlich ausfallen wird. Aber gerade im Hinblick auf diese Aeußerungen muß es auffallen, daß die Entscheidung auf die lange Bank geschoben wird. Der König von Württemberg hatte den Wunsch, die Besorgnisse der Jesuitengegner baldigst zu beruhigen. Da hätte man doch erwarten dürfen, daß der Bundesrath auch seinerseits dem gleichen Wunsche durch die That Ausdruck geben würde. Daß das nicht geschehen ist, giebt zu allerlei Vermuthungen Anlaß. So wird dem „Hann. Corr." geschrieben:

„Schon hört man die Ansicht aussprechen, daß Herr Dr. Bosse, welchen die hinter seinem Synodalgrieß stehenden Stöcker'schen Bestrebungen so harmlos erscheinen, vielleicht auch den Centrumsversicherungen von der Ungefährlichkeit, ja von der segensreichen Thätigkeit des Jesuitenordens nicht unzugänglich sei. Und der gegenwärtige Ministerpräsident ist trotz mehr als zweijähriger Amtirung noch immer so wenig in den Vordergrund getreten, daß Niemand sich eine Vorstellung von seiner Haltung in der vorliegenden Frage zu machen vermag. Ja, wer weiß, ob selbst Graf Caprivi noch so denkt, wie ehedem? Kein Mensch ist in Zweifel darüber, daß das Centrum sein Verhalten im Reichstage, wo es der Regierung nur zu oft unentbehrlich ist, zum nicht geringen Theile von dem Schicksale des Jesuitengesetzes abhängig zu machen gedenkt. Darin liegt für einen Reichskanzler, der nicht zugleich für die preußische Politik die volle Verantwortung zu tragen hat, immerhin eine gewisse Versuchung, seine Stellung zur Aufhebung des Jesuitengesetzes einer erneuten Erwägung zu unterziehen, mit der Neigung, womöglich zu einer mildern Beurtheilung zu gelangen. Das Alles sind Betrachtungen, die wir nicht nur mit dem Wunsche, sondern mit der festen Hoffnung anstellen, daß ihnen durch die Thatsachen jeder Boden entzogen werden wird; wir halten es nach wie vor für unmöglich, daß Preußen in die Zulassung des Jesuitenordens willigt. Aber wenn die Entscheidung des Bundesraths nicht bald erfolgt, so ist es unvermeidlich, daß die Zuversicht zur Haltung der preußischen Regierung erschüttert wird. Leider hat der Landtag, der sich in seiner letzten Session doch sonst so gern mit Reichsangelegenheiten beschäftigt hat, diese Sache ganz übersehen; er hätte mit Leichtigkeit Klarheit über die Stellung der preußischen Regierung herbeiführen können. Nunmehr aber ist dringend zu wünschen, daß nicht auch der Bundesrath in die großen Ferien geht, ohne daß das deutsche Volk endlich die Gewißheit erhalten hat, ob es vom Jesuitenorden verschont bleiben wird oder nicht."

Ueber die deutsch-belgischen Verhandlungen in Sachen des **englisch-congostaatlichen Abkommens** schreibt der Brüsseler Correspondent des „Hamb. Corr." Folgendes:

„Die deutsche Regierung ließ sofort durch den deutschen Gesandten in Brüssel, Herrn von Alvensleben, der Congoregierung kundgeben, daß Deutschland die durch das Abkommen vom 8. November 1884 erlangten Rechte beanspruche und der Congostaat deren Erfüllung vor England zu fordern habe. Mag man nun in Brüssel dieses übersehen oder in Brüssel und London geglaubt haben, daß eine Erklärung Englands im englischen Parlamente Deutschland befriedige, — genug, Deutschland nahm dieses Verfahren um so weniger ruhig hin, als es den Congostaat als Nachbarn vor England vorzieht. Die Congoregierung hat sofort schriftlich ihr Bedauern und die Versicherung ausgedrückt, daß sie in keiner Weise beabsichtigt habe, das Mißfallen Deutschlands zu erregen, da sie den größten Wunsch hege, mit Deutschland auf bestem Fuße zu stehen. Es ist daher sicher, daß der deutsch-congostaatische Zwischenfall friedlich und glatt beigelegt werden wird. Der König der Belgier wird beruhigende Erklärungen abgeben und hat den belgischen Gesandten Baron Greindl mit den weiteren Unterhandlungen betraut. Vorweg hat der Gesandte dem auswärtigen deutschen Amte erklärt, daß der an England überlassene Landstreifen nirgends deutsches Gebiet berührt und der Congostaat die Festhaltung der jetzigen Grenzverhältnisse gewährleistet. Das Weitere hängt von England ab, das, wie der Congostaat erwarten darf, die Rechte Deutschlands anerkennen wird."

Ganz zufriedenstellend lautet auch diese Meldung nicht, denn selbst wenn die Grenzfrage in einem für Deutschland befriedigenden Sinne erledigt wird, bleibt noch der principielle Protest gegen die einseitige Abänderung des 1884 geschlossenen Vertrages bestehen. — Was Frankreich betrifft, so bringt es in seinem Protest immer neue Gesichtspuncte hinein; als eine Verletzung der Neutralität des Congostaates wird es erklärt, daß England die Anwerbung von Mannschaften in seiner Goldküstencolonie zuläßt, damit der Congostaat seine neuen Provinzen in Besitz nehmen kann. Weiterhin hat das französische Cabinet bekanntlich gegen den englisch-italienischen Vertrag über Somaliland Einspruch erhoben und damit in dem allgemeinen Widerstande gegen die englische Colonialpolitik einen neuen Halt gefunden. Das römische Cabinet hat zwar den Einspruch zurückgewiesen, weil zu viel Zeit seit der Notification verstrichen wäre, doch wird die französische Regierung auch diese Entgegnung nicht ohne Erwiderung lassen. Aus den Ausführungen der Pariser Regierungsblätter ist zu ersehen, wie das französische Cabinet die Sache anfassen will. Zunächst wird der Negus von Abessinien für einen vollkommen unabhängigen Fürsten erklärt. Dann wird darauf hingewiesen, daß Frankreich sich auf der Brüsseler Antisklaverei-Conferenz dagegen verwahrt habe, daß der italienische Bevollmächtigte sich zugleich als Vertreter Abessiniens erklärt hat. Der Protest des Negus Menelik vom Jahre 1893 gegen die im Jahre 1889 vereinbarte Leitung der abessinischen internationalen Angelegenheiten durch Italien wird zum ersten Male von den Franzosen anerkannt und benutzt. Der angefangene Streit führt also zu immer neuen Controversen.

Wenn die **französischen** Radicalen noch weiter fortfahren, mit theils recht unsinnigen gegen das Cabinet Dupuy gerichteten Interpellationen immer schwerere Niederlagen geradezu über sich heraufbeschwören — gestern blieben sie bei der Debatte über das angebliche Interview des Figaro-Correspondenten mit einem Armeecommandanten, der sich sehr respectirlich über das französische Heerwesen ausgesprochen haben sollte, mit 37 Stimmen kläglich in der Minderheit — so werden sie gerade das Gegentheil von dem erreichen, was sie bezwecken, sie werden die Position der Regierung, die von vornherein eine sehr unsichere war und es noch immer ist, nur festigen. Daß aber sonst bei dieser Interpellationswunde — als das neue Ministerium sich der Kammer vorstellte, fand es sich bereits neun Interpellationen gegenüber — nichts Anderes als eine ganz unverantwortliche Vertrödelung kostbarer Zeit und ein bedauerliches Zurückdrängen wirklich ernster Fragen herauskommen kann, liegt auf der Hand. Ueberhaupt ist der Mißbrauch der Interpellationsfreiheit der Krebsschaden des französischen Parlamentarismus. Er behindert die fruchtbare legislatorische Thätigkeit, er ist die hauptsächliche Ursache der häufigen Ministerkrisen und stürzt dadurch das Land in jenen Zustand nervöser Beunruhigung, der das Ansehen der Volksvertretung selbst untergräbt. Die Opposition will sich diese Waffe natürlich nicht entwinden lassen und auch ihre Presse sträubt sich gegen jede Verkürzung ihres Rechtes, weil sie aus dem Scandal ihre reichste Nahrung schöpft. Die gemäßigten Elemente sind jedoch von der Nothwendigkeit einer Aenderung durchdrungen. Sie erkennen den Widersinn, daß jeder beliebige Abgeordnete an jedem beliebigen Tage jede beliebige Frage aufgreifen darf, um einer Regierung, die ihre Schuldigkeit thut, ein Bein zu stellen, als eine beständige Bedrohung des politischen Lebens. Aber wie kann hier Wandel geschafft werden? An Vorschlägen mangelt es keineswegs, nur ist ihre Durchführbarkeit sehr zweifelhaft. Die Einen fordern, es möge festgestellt werden, daß ein Ministerium erst nach drei ungünstigen Abstimmungen zum Rücktritt verpflichtet sei. Das wäre ebenso willkürlich als unpolitisch. Ein Cabinet kann in gleichgiltigen oder nebensächlichen Angelegenheiten zehn Niederlagen erleiden, ohne erschüttert zu sein, und muß andererseits das Feld räumen, wenn sein Programm nur ein einziges Mal gemißbilligt wurde. Die Anderen verlangen die Bestellung eines eigenen Ausschusses, der jede Interpellation zu prüfen und über deren Zulassung zu entscheiden hätte. Allein diese Einrichtung müßte mit Bürgschaften umgeben werden, die Niemand leisten kann, weil Niemand im Stande wäre, die Opposition vor Vergewaltigungen durch eine wenig wählerische Mehrheit zu schützen. Man denke sich eine boulangistische oder socialistische Majorität und male sich das Schicksal aus, das der von ihr ernannte Ausschuß den Interpellationen der Gegner bereiten würde. Die Lösung des Problems ist, wie gesagt, eine schwierige, und ehe sie gefunden ist, wird noch manches Ministerium der Interpellationswuth zum Opfer fallen.

Der **italienische** Premierminister Francesco Crispi hat der Welt eine Ueberraschung bereitet: wie schon der Drahtmeldete, hat er gestern dem König die Demission des gesammten Cabinets überbracht. Der Entschluß der Regierung, zu demissioniren, führt sich ohne Zweifel auf die geringfügige Majorität zurück, die sie bei der vorgestrigen Abstimmung in der Kammer erhielt. Aber glaubt Crispi wirklich nicht mehr die genügende Autorität zu haben, die Regierung weiter zu führen? Allerdings sind 11 Stimmen keine imponirende Zahl, allein zum Rücktritt geben sie doch keine zwingende Veranlassung, und Crispi ist zweifellos der Mann danach, mit einer noch geringeren Kammermehrheit seinen Posten zu behaupten. Wenn er nun trotzdem dem König sein Portefeuille zur Verfügung stellte, auch zu der so vielfach angedrohten Auflösung der Kammer nicht schritt, was veranlaßte ihn zum unerwarteten Rücktritt? Wie die letzten römischen Meldungen besagen, wird der König Crispi von neuem mit der Bildung des Cabinets betrauen, und Crispi wird die Mission annehmen. Daraus schließt man, daß der Ministerpräsident die vorgestrige Abstimmung nur als willkommene Gelegenheit ergriffen habe, sein Ministerium zu erneuern, den einen oder den anderen Collegen über Bord zu werfen und die eine oder die andere gefährlich werdende Kammergruppe mit einem Portefeuille abzufinden und zu gewinnen. Es handelt sich dabei namentlich um den Finanzminister Sonnino, dessen Finanzpläne in der Kammer auf so hartnäckigen Widerstand stießen, daß ihre Annahme immer zweifelhafter geworden ist. Dazu kommt, daß Sonnino, dessen Arbeit bei alledem ein großes, wohldurchdachtes Werk aus einem Gusse ist, bei seinem neulichen entscheidenden Finanzexposé keine besonders glückliche Hand hatte und dem Berichterstatter der Finanzcommission Bacchelli gegenüber etwas in den Hintergrund trat. Daß Crispi, der sich anfänglich mit Sonnino solidarisch erklärt hatte, im Laufe der Zeit zu Compromissen und zur Auffindung neuer Mittel und Wege zur Deckung des Deficits geneigter geworden ist, während Sonnino mit großer Zähigkeit an dem Buchstaben seiner Reformen festhielt, hat sich zu verschiedenen Malen gezeigt, und es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß thatsächlich Crispi wieder an die Spitze des Ministeriums tritt und Sonnino durch Bacchelli ersetzt wird, der in fast allen Hauptpuncten mit diesem übereinstimmt und im Wesentlichen nur die Verkürzung der Rentencoupons verwirft, wogegen er größere Ersparnisse im Militairetat fordert. Nach einem Nachfolger Crispi's wird man sich kaum umsehen müssen, man würde einen solchen auch nicht finden. Zanardelli und Giolitti, die Führer der einflußreichsten Gruppen der Linken, sind in ihrem Ansehen zu schwer geschädigt, um die Regierung übernehmen zu können, Zanardelli durch seinen Mißerfolg beim letzten Versuche der Cabinetsbildung und Giolitti durch den Proceß Tanlongo, der noch fortdauert und in jener Sitzung an die Giolitti'sche Wirthschaft erinnert; Rudini aber, der am meisten in Betracht käme, kann keine Majorität stellen und würde seine Regierung mit der Kammerauflösung beginnen müssen. Also ein Nachfolger steht nicht bereit. Aber Crispi will auch keinen Nachfolger, denn sonst würde unmittelbar nach der vorgestrigen Abstimmung sein Blatt, die „Riforma", nicht geschrieben haben: „Auch wenn die buntscheckige Opposition gesiegt hätte, könnte sie doch unmöglich ein lebensfähiges Cabinet bilden; um so weniger kann die Minderheit von gestern die Uebergabe des Staatsruders beanspruchen, da ihre unverträglichen Theile sofort wieder auseinander fallen müßten."

In den **russisch-vaticanischen** Beziehungen, über welche in der letzten Zeit die widersprechendsten Gerüchte umliefen, ist eine wesentliche Aenderung von principieller Bedeutung durch die soeben erfolgte Ernennung des langjährigen Unterhändlers zwischen der zarischen Regierung und der Curie, Iswolski zum Residenten beim Vatican eingetreten, die nach der in Petersburg anfänglich ungünstig aufgenommenen päpstlichen Encyklika an die Polen und den bestimmten Ab-

Feuilleton.

Der Liebe und des Glückes Wellen.

11] Roman von M. v. Eschen.

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung.)

Der Baron hat sich überzeugt, daß es vergeblich bleibt, den Leuten etwas beweisen zu wollen, was einzusehen sie durchaus kein Talent oder keine Neigung verspüren. Da er ja aber durchaus nicht in jedem Puncte mit Hilde Moran übereinstimmt, die ihm wieder einmal gegenüber der schmeichelnden Liebenswürdigkeit von Fräulein Tilli recht herbe erscheint, so wird er durch die junge Dame gewonnen, leichter geneigt, über den Fall hinwegzusehen, sich lieber an ihr zu erfreuen. Nur zum Singen fühlt er sich nicht aufgelegt, wie man ihn auch quält, es paßt ihm nicht. Da ein anderes musikalisches Mitglied der Gesellschaft schon längst im Stillen seine Hoffnungen auf das Scheiden des Barons von dem musikalischen Horizonte gewartet hat, an dem jeder neue Stern mit Jubel begrüßt wird, um so mehr, wenn er Niemand weh thut mit seinem Licht, bleibt Tilli einstweilen an den Flügel gefesselt.

In den kleinen Echalon, dem Arbeitszimmer des Präsidenten, ist es sehr gemüthlich. In der Mitte auf dem Tisch stehen einige Kistchen Cigarren, schwer und leicht, alle echt importirt, daneben eine bunte Kerze mit brennender Flamme, ringsum schlanke, geradrunde Gläser, ohne Fuß, in denen das Münchner Bräu schäumt. Ein dünner blauer Hauch, eigentlich erst ein Arom, fängt an umzuziehen in dem Raum und leicht allem darin bis auf die lederbeschlagenen Sessel einen für Herren so wunderbar anheimelnden Reiz.

Hier haben sich denn auch die ältern Herren zusammengefunden. Die Excellenz von Meiering steht erhobenen Hauptes in der tiefen Fensternische, in angelegentlicher Unterhaltung mit dem Großgrundbesitzer Dr. Gustav Ködding begriffen.

Dieser stammt aus einer angesehenen Bürgerfamilie in Gutsbergen. Er hat studirt und den Doctor gemacht — in absentia — behaupten seine Neider. Aber es wird so viel behauptet in der Welt, daß Niemand wissen kann, was Wahrheit unter den Behauptungen ist. Jedenfalls führen seine Karten den Titel. Er selbst ist sehr reich und so gebildet und vernünftig, daß er sich nicht in die Gesellschaft hineingedrängt, sondern seine Wünsche so lange gezügelt hat, bis daß sich dies mit allem Anstand machen ließ. Seit Jahren schon ist er in der Nähe von Donach's Gütern ansässig und als einer der Höchstbesteuerten dort in Kreisangelegenheiten mit der Excellenz bekannt geworden. Er hat prächtige Jagd; die Excellenz ist Jäger, vor Allem ein Liebhaber von Schnepfen und ein ständiger Gast zu der Zeit von Lätare in Kugelsdorf, wo es sich Dr. Ködding angelegen sein läßt, einen angenehmen Wirth zu machen. Niemals ist denn auch Oculi dagewesen ohne das brillanteste Schnepfen-Diner, denn wenn auf Oculi, wie es der Kalender verheißt, nicht kamen sie, nun dann läßt sie der Herr Dr. Ködding kommen, aus Italien nämlich, was am Ende für die Tafelrunde keinen Unterschied macht. So sind die beiden Herren nach und nach Freunde geworden, und durch die Diners bei dem Oberpräsidenten wieder haben die Ködings bei anderen Familien Eingang gefunden.

Es ist dem Menschen angeboren, daß seine Seele vorwärts strebt; darum ist es für einen Mann, der, ob er auch nicht in seinen Schultern die Kraft fühlt, den Atlas wie weiland der selige Herkules zu tragen, doch in seiner Tasche von der Macht hält, welche die Welt bewegt, ganz selbstverständlich, daß er in die Höhe strebt. Dr. Ködding hat einen Ehrgeiz, er möchte Reichstagsabgeordneter werden, was die Excellenz, da sie sich von der Leistungsfähigkeit und Gesinnungstreue des Mannes überzeugt hat, nur wünschen muß.

Der Präsident von Meiering ist eben hinzugetreten. Er wäre vielleicht lieber mit seiner Cigarre auf seinem Sessel geblieben; aber er findet es doch unhöflich, wenn die Excellenz, sein Vorgesetzter, zu stehen vorzieht, im Sitzen zu beharren.

Der alte Landrath in Bockenroda ist endlich abgegangen; die Herren debattiren hin und her, für und wider, was dem Kreise taugt, wie die Stelle zu besetzen ist. Bent von Windig entfaltet all sein Geschick und Talent in glücklicher Discretion. Die Herren sind Factoren in seinem Schicksal. Er hält sich in ihrer Nähe, discret genug, um nicht zu verstehen, was nicht für ihn bestimmt ist, aufmerksam genug, um mit einem verbindlichen Kopfneigen, einem „wie befehlen", seinen gehorsamsten Beifall auszudrücken.

Eben tritt auch Donach hinzu.

Man geräth in die Politik. Windig giebt ein Echo ab, welches sich nur darin von seinen Brüdern unterscheidet, daß es den aufgefangenen Ton fast noch kräftiger wiederholt, als er ursprünglich erklang. Donach hat eigene Anschauungen und gestattet sich den Muth seiner Meinung. Ja, der Liberalismus hat einige Thorheiten begangen, das giebt er gutmüthig, ehrlich, fröhlich zu. Es war die Schuld der Doctrinaire; Theorie und Praxis sind eben zweierlei. Gewiß, die Partei hat sich auch nicht immer correct liberal benommen; manchem Guten Widerstand geleistet, beherrscht durch die Interessen der Elemente, welche sich eben mit echt praktischem Spürsinn ausgerüstet, unter eine Doctrin zu schaaren verstanden, welche ihnen in der liberalen Theorie zugleich die praktischste Handhabe, wie für die politische Freiheit so auch für die uneingeschränkteste Bewegung auf dem wirthschaftlichen Gebiete verlieh. Aber der Conservatismus, die Regierung sind auch nicht immer unfehlbar. Der Baron mag überhaupt das Parteiwesen nicht. Nützlich mag es schon sein, wie der Hecht im Karpfenteich, aber viele Hechte sind der Karpfen Tod. Ohne Vorurtheil, parteilos die Gründe der Gegner prüfend, ihr Recht anerkennend; durch Bildung und Beispiel von innen heraus die Menschen, die Verhältnisse zu bessern versuchen, jeder auf seinem Gebiet in seiner Weise; das müßte kräftiger wirken, erklärte er unverblümt, als alle Vorsichts-, Bewahrungs- und Bevormundungsgesetze, alle künstlichen Veranstaltungen und Eingriffe des Staates für die Sicherheit, die Wohlfahrt und das wirthschaftliche Gedeihen seiner Bürger.

Das sind nun allerdings etwas gewagte Behauptungen in Gegenwart dieser Herren, die er, wie die Dinge liegen, zu seinen Chefs oder Gönnern wünschen muß. Die Excellenz macht ein langes Gesicht; auch der Präsident blickt unwillkürlich drein. Er mag Donach wirklich gern. Er weiß, daß dieser ein ebenso gut kaiserlicher Deutscher und königstreuer Unterthan ist als nur einer in der Monarchie. Er weiß, daß sich der Kreis gratuliren kann, der ihn zum Landrath bekommt, und es wäre ihm leid, wenn sich der Baron etwa um den Erfolg seiner Mühen redete bei der Excellenz, welche zufällig unter die kleine Reihe von Beamten gehört, die die Kreuzzeitung hält und zu Stöcker schwört als einem wahrhaft patriotischen, christlichen Mann.

Dr. Ködding wirft sich in die Brust, und mit all dem etwas verworrenen Apparat und Stil, wie er zur Zeit der Wahlen namentlich die Zeitungen und die colportirten Blätter beherrscht, erklärt er: Nein, wie das Nationalbewußtsein und das Nationalgefühl dem verwässernden Humanismus der vergangenen Zeit, so müsse auch die Partei, welche allein das Recht und die höchsten Güter der Menschheit zu retten berufen sei, jedem Gegner bis auf das Messer entgegentreten. Denn, es gäbe nur einen Gott, ein Deutschland, einen Staat, ein Recht und ein Gesetz, ergo nur eine Partei für einen anständigen Menschen!

Windig neigt ehrfurchtsvoll das Haupt und behauptet, ein tüchtiger Beamter habe nur eine Meinung, die seines Vorgesetzten, nur einen Wunsch, alle Diejenigen zu unterstützen, welche mit diesem gleichen Sinnes sind.

Etwas verblüfft hört der Baron denn doch auf dieses sozusagen bei den Haaren herbeigezogene Geständniß.

„Freut mich, freut mich, junger Mann, so etwas hört man gern." — Die Excellenz applaudirt mit wohlwollender Miene.

Dr. Ködding reicht dem Assessor die Hand, als gäben sie sich gegenseitig ein Versprechen auf Schutz und Trutz. Donach meint zu verstehen. Dr. Ködding ist sein Rivale an Besitz, sein Antagonist fast in allen Dingen, die sein heimisches Wirken angehen. Doch er will ja nichts erreichen durch irgendwelche Protection; nur was er kann, was er will, soll entscheiden! Ehe er sich zu einer klärenden Entgegnung, die kaum ohne Schärfe abgegangen wäre, anschickt, intervenirt der Präsident: „Wollen Sie nicht mal lieber zu den Damen gehen, lieber Donach? Ich sehe meine Tochter dort an der Schwelle; gewiß, sie möchte mit Ihnen reden."

Zum ersten Mal bleibt Bent Windig unfähig, sich zu beherrschen. Er schaut den Baron an mit einem Blick, der zu denken giebt, dann eilt er selbst schleunigst auf Tilli zu.

Regungslos, einen Augenblick wie sinnend, steht Donach da.

„Nun, mein Jung, wie geht es?" — Helldorf ist eben noch von dem Theater eingetroffen und klopft den Freund auf die Schulter. „Das nennt der Mensch Glück haben", fährt er bald darauf fort, „kaum fertig mit Acten und Pandekten, und Du kannst antreten im Amt und Würden."

„Ja, o ja — nur daß mir eben zu Sinn wird, als ob ich all den gelehrten Staub und manches andere hier vergeblich auf mich genommen hätte. Ich habe einen Concurrenten . . ."

Aha, Helldorf ist mit seinen Blicken der Wendung des Barons gegen Windig und Tilli gefolgt. Bolla geraut alii, tu felix Austria nube. — Er lacht. Herr von Windig scheint keine Operation zu verschmähen. Folge seinem Beispiel. Man wird Dir nichts in den Weg legen. — Man sieht, daß Tilli augenscheinlich von ihrem Verehrer fort zu ihnen hinstrebt.

Uebrigens doch eine reizende Dame, elegante Erscheinung! Würde mich gar nicht besinnen, wenn ich Standesherr wäre. Außerdem schade um das Geschlecht, wenn es aussterben sollte: Höhe fünf Fuß neun Zoll, Brustweite neunzig Centimeter, Züge — mit einer leichten Verbeugung gegen den Freund — sagen wir edel; Ohren, Füße, Hände klein; der